

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 120.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Jeder Kredit zum Guten und kann du jetzt sein Gutes werden
Als kleineres Glied stehst du ein Gutes dich zu

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Inserate: Die 3spaltige Petitzelle für Geschäftslute 30.— Mark im Arbeitsmarkt 20.— Mark. Für arbeitsuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei.

Böse Zeiten.

Die Geldwährungen der hochvalutären Vänder sind in den letzten Tagen wieder beträchtlich in die Höhe geschnellt. Die Mark ist ihrem Wertschwund ein Stück nähergebracht. Damit steigen die Preise und die Verschwendungen der beispiellosen Volkschichten. Für diese werden die Aussichten noch trüber, dunkler und geradezu trostlos. An dieser unüberschaubaren folgenschweren Verschlechterung ist der brutale Gewaltakt des Poincaréschen Frankreich schuld, das an der Ruhr deutschen Gebiet in Besitz nahm und mit schwer bewaffneten Soldaten, Kanonen, Tanks und Flugzeugen den Versuch machen will, aus dem überverschuldeten Deutschland Zahlungen herauszupressen. Was daraus wird, läßt sich nicht übersehen, jedenfalls nichts Gutes.

Aus dieser politischen Handlung erwachsen aber auch wirtschaftliche Folgen, die für die Invaliden, Rentner, Arbeiter, Angestellten und Beamten außerordentlich schlimm werden können. Im Artikel „Die zweite Etappe der Ruhrbesetzung“ ist ein ungefähres Bild der daraus entstandenen Schwierigkeiten gegeben, die sich inzwischen noch bedeutend verschärft haben.

Die Lage kann sich auch für die feinkeramische Industrie äußerst kritisch gestalten, wenn ein Kohlemangel eintreibt; denn dann werden erst die lebenswichtigen Betriebe beliefern werden müssen, wozu bekanntlich die Porzellan- und Steingutsfabriken nicht gehören. Ob der gesamte deutsche Ausfall durch ausländische Kohle gedeckt werden kann, bleibt noch dahingestellt, desgleichen, ob alle Unternehmen sofort in der Lage sein werden, die teure Auslandskohle zu kaufen.

Wir haben bei dem Marktzug im vergangenen August erlebt, daß ein Teil der Thüringer Fabrikanten ihre anstehende tschechische Kohle dem Kahlra-Konzern abtreten mußten, weil sie das Geld nicht sofort aufstreben konnten. Das kann auch jetzt eintreten. Seinerzeit hat sich allerdings für die Belegschafter kein fühlbarer wirtschaftlicher Nachteil daraus ergeben. Wenn das auch diesmal so leicht zu überstehen wäre, könnte der Porzellan- und Steingutarbeiterstand ein Stein vom Herzen fallen; denn mit der Umstellung der gefährlichen Klippe Gewerbslosigkeit wäre viel in böser Zeit gewonnen.

Weniger ist nach den bisherigen Erfahrungen eine Krise für unsere Industrie aus anderen Gründen, wie z. B. die Rohstoffbeschaffung der Textilindustrie infolge Devisenmangels, zu befürchten. Bisher war es immer so, daß beim rapiden Fallen der Mark die Auslandsaufträge sich häuften. Es besteht also die Möglichkeit, daß die noch vorhandenen Auslandsaufträge ausgeführt werden und den etwaigen Inlandsausfall beden können, daß sogar noch neue Bestellungen des Auslandes eintreffen können. Jedenfalls wird das laufstärtige valutastarke Ausland nicht versäumen, billige deutsche Ware zu erhalten. Hier ist also gegebenenfalls ein Lichtblick.

Was aber für die Arbeiterschaft mit ihren Familien an körperlicher und seelischer Zerrüttung durch das ungemeinige Entgegenkommen der Arbeitgeber in der Wohnfrage unter den steigenden Leistungerverhältnissen sich entwideln kann, halten wir für ebenso schlimm wie eine Wirtschaftskrise der bereits bezeichneten Art. Was sich gegenwärtig an Sorgen, Überreizung, Hunger, Not und Krankheiten für zerstörender Gift- und Explosionsstoff anstrengen muß, ist in Unbetracht der Umstände leicht begreiflich. Es ist deshalb ein Frevel, nur aus Profitrücksichten die geschwächte Atmosphäre noch zu steigern und sie eventuell zu Entladungen zu bringen, die noch unheilvoller wirken können, als der Franzoseinsatz an der Ruhr. Die vielfach überaus drückenden Verhältnisse, die auf den Arbeiterschichten infolge vieler Schwierigkeiten heute lasten, haben eine Stimmung erzeugt, die ungeschräg darin gipfelt: Wir ist alles wurscht, meinetwegen kann es drunter und drüber gehen, schlimmer als jetzt kann es für mich auch nicht werden. Der falschen Ansicht nach muß entgegentreten werden, denn kein Mensch darf sich selbst aufgeben und eine Katastrophe durch stillle Teilnahme mit herbeiführen, die unbedingt noch größeres Elend, schweres Leid mit sich bringen mag. Über ganz urecht haben jene Gleichgültigen auch nicht. Wenn sie Vergleiche anstellen — es brauchen nicht immer solche ganz grober materieller Art zu sein — so ergibt sich unfehlbar, daß alles Unheil und alle Lasten nur die werktätige Bevölkerung unter harten Opfern allein tragen muß, während ein großer Teil der Bevölkerung tatsächlich Gewinne über Gewinne häuft und ein Leben führt, das geradezu empörend auf die fleißigen Wertschaffer wirken muß.

Die Unternehmer unserer Fabrikäte haben auch Leute unter sich, die nichts zur Entlastung der Lage, dagegen viel zur Verschärfung der Gegenseite beitragen. Wir wollen sie etwa nicht darum ersuchen, Einkehre zu halten, sondern nur darauf hinweisen, daß jene Leute sich die aus ihrem Wirken für die gesamte feinkeramische Industrie entspringenden

Folgen selbst zuschreiben haben. Ihr Verhalten muß den Gegenpol auslösen. Die Porzellan- und Steingutarbeiterchaft verlangt nichts Unbilliges, nichts Uebermäßiges, sondern nur ihr Recht, an dem Ertrag ihrer Arbeit so teilnehmen zu können, wie zum Schutz ihrer Schaffenskraft notwendig ist.

Darum darf es kein Heilschen unter nützlichen Vorwänden und Ausflüchten mehr geben, sondern ein Geben, wie es die Verhältnisse für die Arbeiterschaft bedingen. Gegenwärtig könnten und können das unsere Arbeitgeber noch, ohne sich ein besonderes Opfer aufzuerlegen. Wir erwarten deshalb ihr Handeln.

Unsere Kollegenschaft muß sich aber auch dessen bewußt sein, daß die Mithilfe jedes Organisationsgliedes notwendig ist. Das wird nicht getan, wenn ein jeder Hanswurst in übler Laune auf den Verband höht, sondern nur, wenn alle Disziplin währen und bei allen passenden Gelegenheiten ihren Mann stellen. Stänkern, tritzen und auf die Verantwortlichen schimpfen ist leicht, aber besser machen, gangbare Wege zeigen und ohne besondere Opfer mit Erfolg handeln etwas schwere. Von allen Verbandsmitgliedern wird erwartet, daß sie ihre Pflicht mittun, dann wird auch das günstige Ergebnis nicht ausbleiben.

Nicht der Individualismus, sondern der Sozialismus schlägt die Reihe der Emanzipationen (Vorabstüttungen), die mit der Reformation begonnen haben. In allen großen sozialen Erstürmungen, in jeder der gesellschaftlichen Wehen, aus denen sich neue Seiten erzeugten, trat auch plötzlich die kommunistische Idee den betroffenen Zeitgenossen auf Augenblitc entgegen. Nehmen Sie die Anfänge des Christentums, dieses ersten und tiefsten Befreiungsvertrags des Menschen, und Sie haben sogar den Kommunismus verwirklicht, freilich in naivster und kindlicher Weise. Die Befreiung der städtischen Bevölkerung, die sich im 14. Jahrhundert durch ganz Europa vollzieht, die Reformation (1517 ff.), die erste französische Revolution (1789), die Justizrevolution (1830), die Februarrevolution (1848), alle sind in ihrer Tiefe zugleich kommunistische Bewegungen, ja, in allen erscheint die kommunistische Richtung als die letzte logische Konsequenz. Und zwar in immer präziser Gestalt, in immer deutlicheren, wissenschaftlicheren Formen.

Mödberius

Die zweite Etappe der Ruhrbesetzung.

Preissteigerung überall.

Die deutsche Wirtschaft wird beherrscht von den Vorgängen im Westen, wo der Friedensbruch der Franzosen die Besetzung des überwiegenden produktionswichtigen Teiles des Ruhrgebietes nach sich gezogen hat. Es lohnt, die Dinge historisch zu betrachten, um Schlüsse daraus ziehen zu können, wie sich die nächste Zeit für die Produktion und Warenverteilung des deutschen Volkes gestalten wird.

Von vornherein war klar, daß die Franzosen das Ruhrgebiet nicht deshalb besetzt haben, um Kohlen zu haben. Die deutsche Regierung hatte ja schon früher sich bereit erklärt, die Ausfälle an Reparationskohlenlieferungen, die durch Schwierigkeiten der Förderung oder des Transports entstanden waren, mit angekaufter englischer Kohle auszugleichen. Dieser Vorschlag wurde nicht abgelehnt — nicht einmal dessen hielt man ihn für wert — er liegt vielmehr noch heute unerledigt bei den Akten der Reparationskommission. Wer so darauf verzichtet hat, die dargebotene Kohlenleistung anzunehmen, hat keinen Anspruch auf Glauben, wenn er das Ruhrgebiet militärisch-friedlich, aber unter Friedensrecht, unter Flintengnatter besetzt mit der Versicherung, man wolle nur die Nachlieferungen garantieren. Vielleicht lag den Franzosen daran, aus der finanziellen und wirtschaftlichen Beaufsichtigung des Ruhrgebietes Überschüsse zu erzielen, die den bankrotten französischen Staatsfinanzen zugute kommen sollten. Man muß sich diese Sachlage klar vor Augen halten, und man wird dann erkennen, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Bevölkerungsbehörden und den Zechenbaronen, die Verlegung des Kohlenhöndikats, das Eingreifen des Kohlenkommissars, die Drohung mit Requisitionen von Kohlen, die Kampfansage der Bergarbeiter durch ihren Verzicht auf Überstunden und ähnliche mehr oder minder diplomatische Aktionen zwischen den Subjekten und den Objekten des französischen Raubzuges nichts anderes als Vorpostengeplänkel in dem Wirtschaftskrieg sind, der jetzt um das Ruhrgebiet selbst geht und so um ein bestimmtes Ziel, während er natürlich bereits mit dem Machtsprung von Versailles begonnen hatte und ursprünglich ganz allgemein der Kampf um die wirtschaftliche Existenz und Zukunft des deutschen Volkes war.

Jetzt ist die zweite Zone der Besetzung erreicht. Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund sind in französischem Besitz und damit nicht nur der überwiegende Teil der Steinkohlenförderung, sondern auch bereits ein wesentlicher Teil der ver-

arbeitenden Industrie, die Mittelpunkte der Energieversorgung und des Verkehrs nach dem unbefestigten Osten unter fremder Gewalt. Nachvoll protestierte die Arbeiterschaft durch einen halbstündigen Streik gegen dieses widerrechtliche Vorgehen eines Teiles der Entente. Hatte bisher der Devisenmarkt immer noch verschärfungsmäßig wenig auf diesen gewaltigen Eingriff in die deutsche Wirtschaft reagiert — was sind Kurssminderungen der Mark um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ ihres bisherigen Wertes innerhalb mehrerer Wochen, wenn wir früher ähnliche Schwankungen von einem Tag auf den anderen erlebt haben? — so artete die Bewegung mit dem Beginn dieser Woche in eine Panik aus. Der Dollar, am Sonnabend, den 13., noch auf 10.350, sprang am Montag auf 11.875 und dann mit einem Rückschlag auf 16.700. Diese Katastrophe Minderung des Auslandsgeldwertes überträgt sich ebenso panikartig auf den Warenmarkt. Auslandskohlen, wie Baumwolle und Metalle, verzeichnen sprunghafte Preissteigerungen von Tag zu Tag, mit ihnen auch die Auslandsklebensmittel, und doch hinter ihnen folgen die inländischen Betriebspreise des freien Marktes. Wieder setzt eine Periode der Vorratssäufe ein. Das Angebot an Waren geht zurück, Wertpapiere, die Besitztitel auf Sachwerte vorstellen, also insbesondere Aktien, erhöhen gewaltig ihre Kurse. Die Flucht aus der Mark hat in dem schärfsten Tempo eingesetzt und die Wirkung auf das Volksgeschebe wäre eine entsetzliche Panik, wenn das deutsche Volk aus früheren Perioden des Marktkurses her diesen Taumel nicht schon einigermaßen gewohnt wäre. Es ist überdies bezeichnend, daß das Interesse der deutschen Spekulation sich vorwiegend solden Unternehmen zuwendet, deren geschäftliche Entwicklung durch die Beseitung der Ruhr gefördert wird. Der gewaltige Ausfall an Stein Kohle, der durch Produktions- oder Verkehrsstörungen oder durch eigenmächtige Verfügung der Franzosen über die deutsche Kohle ohne Rücksicht auf das Versorgungsprogramm des übrigen Deutschlands zu erwarten ist, stärkt natürlich die Gewinnaussichten der Überseeschiffahrt, da wir in verstärktem Maße englische Kohle werden einführen müssen. Die Folgen davon sind erhebliche Kursschleierungen für Schiffsaktien.

Dieser Tanz um das goldene Kalb ist der Ausdruck der nationalen Trauer um die Beseitung des Ruhrgebietes, wie die Börse sie auffaßt. Unfähig stehen die, die zur Führung der Wirtschaft berufen sind, neben diesen Vorgängen. Dabei sollte die Entwicklung des Devisenmarktes gezeigt haben, daß die Lage für das gesamte Volk entsetzlich ernst ist. Wieder vollzieht sich die gewaltige Vernichtungsumschichtung, die die Vermögen der Armen, welche ihre Bezüge auch nicht annähernd der Geldentwertung anpassen können, um den letzten Besitz, die Arbeiterschaft um den größten Teil ihres Fleißlohnes bringen. Alles aber, was durch Besitz von fremden Werten oder von Aktien, Waren und verbindlichen Papieren den Anschluß an die Maluta gefunden hat, vergiebt Skroldstränen über das Unglück des deutschen Volkes und erfreut sich seines wachsenden Kapitals. Dass es eine Gemeinschaft zwischen diesen Kreisen mit der Arbeiterschaft, ja selbst mit dem wirtschaftlich sozial denkenden Bürgertum nicht geben kann, liegt auf der Hand.

In welchem Maße sich die Dollarbewegungen der letzten Zeit bereits auf dem Getreidemarkt ausgewirkt haben, geht aus folgender Gegenüberstellung von Notierungen der Berliner Börse um Monatsmitte hervor:

| | Monatsdurchschnitt | Weizen | Roggen | Hafser | Sommergerste |
|--------------------|--------------------|----------|--------|--------|--------------|
| | | je 50 kg | | | |
| Oktober . . . | 3 181 | 6 958 | 6 332 | 6 875 | 6 610 |
| November . . . | 7 183 | 12 947 | 11 492 | 12 841 | 12 123 |
| 15. Dezember . . . | 7 425 | 15 250 | 13 350 | 12 900 | 12 500 |
| 13. Januar . . . | 10 250 | 19 650 | 18 650 | 15 225 | 16 000 |
| 16. Januar . . . | 16 650 | 27 250 | 24 200 | 20 500 | 21 000 |

Die Tabelle zeigt, wie außerordentlich schnell die Getreidepreise des freien Verkehrs sich dem Dollarstand anpassen. Das schnelle Tempo der Bewegung ist um so erstaunlicher, als der Getreidegroßhandel bekanntlich unter der Kreditnot außerordentlich leidet und sich daher schon zu Hilfsaktionen durch Gründung eines Finanzierungsinstituts genötigt sah. Dagegen ist auch bekannt, daß sich die Verkäufer von Getreide, also die Landwirte selbst, bei der Übergabe von freiem Getreide nach den jeweils bekannten Notierungen der Börsen richten, und daß der Getreidehandel keineswegs so sehr dantelerlegt, wie es nach den Klagen der Agrarier über die schlechte Ernte und über die angeblich erdrückende Umlage der Fall sein müßte. Die Landwirtschaft gelangt also viel früher in die Vorteile, die die Geldentwertung ihr bietet, als alle anderen Wirtschaftszweige, mit Ausnahme der Industrie und des Handels, da ja die Lohnempfänger überhaupt erst entsprechend der nachgewiesenen Steuerung ihre Lohnforderungen stellen. Es entbehrt also der Begründung, wenn die Landwirtschaft schon wieder Forderungen nach Erhöhung des Preises für Umlage-

getreide erhebt. Dagegen droht eine Teuerung des Brotes ohnehin durch die Heraufsetzung der Abgabepreise der Reichsgetreidesetze, die jetzt auf 197 000 M. für die Tonne Roggen festgesetzt wird. So macht sich die Teuerung verschärft bemerkbar und ein Ende ist noch nicht abzusehen, zumal auch nach der Erhöhung noch die Reichsgetreidesetze den Doppelzentner Roggenmehl, der im freien Verkehr am Dienstag bereits rund 62 000 M. kostete, mit 27 000 M. abgibt. Vermutlich ist auch der Preis des freien Getreides, der sich mit dem Weltmarktpreis verändert von stattem Einfluss auf den Brotpreis, da das Umlagebrot etwa zur Hälfte aus inländischem und zur Hälfte aus ausländischem Mehl gebunden wird.

Die eingetretene Brotpreiserhöhung ist aber erst ein kleiner Anfang der Misserfolgen, die wir als Folge der Ruhrbesetzung und des katastrophalen neuen Marktvertrages zu erwarten haben. Um so mehr ist zu fordern, daß die Steuerregierung alle Energie aufwende, um zu verhindern, daß die Kosten der Besatzung des Ruhrgebietes und die von Frankreich zwangsläufig beigetriebenen Reparationen nicht wie bisher auf die wirtschaftlich am wenigsten tragfähigen Schultern, die Rentner, Arbeiter und Festbesoldeten, abgewälzt werden.

Das Existenzminimum in der ersten Januarhälfte 1923.

Von Dr. R. Puchynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Januarhälfte um ein Viertel höher als in der ersten Dezemberhälfte, reichlich doppelt so hoch wie in der ersten Novemberhälfte, fünfmal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte, und 50mal so hoch wie im Januar 1922, etwa 100mal so hoch wie im Januar 1921 und annähernd 140mal so hoch wie im Januar 1920.

Kartoffeln kosteten 450mal soviel wie vor neun Jahren, rationiertes Brot 700mal soviel, Milch 900mal soviel, Zucker 1050mal soviel, Bohnen 125mal soviel, Margarine 1300mal soviel, Reis 1400mal soviel, Brot im freien Handel und Gas 1600mal soviel, Ersatz, Spezial, Briketts 1650mal soviel, Roggenmehl 1700mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für

| | Mann | Ehepaar | Ehepaar mit 2 Kindern |
|-----------------------------------|-------|---------|-----------------------|
| | M. | M. | M. |
| Ernährung | 4068 | 8699 | 9493 |
| Wohnung | 800 | 800 | 800 |
| Heizung und Beleuchtung | 8070 | 8070 | 8070 |
| Gefüllung | 4517 | 7528 | 10539 |
| Sonstiges | 5585 | 5329 | 7011 |
| 1. Januarhälfte 1923 | 15540 | 23096 | 30583 |
| 2. Dezemberhälfte 1922 | 12895 | 19381 | 25579 |
| 1. Novemberhälfte 1922 | 12093 | 18411 | 24895 |

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestlohdienst in der ersten Januarhälfte 1923 für einen kinderlosen Mann 2590 M., für ein kinderloses Ehepaar 3649 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6–10 Jahren 5064 M. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der ersten Januarhälfte etwa $\frac{1}{2}$ P. wert.

Verluste der deutschen Ernährungswirtschaft.

Über die Verluste der deutschen Ernährungswirtschaft auf Grund des Friedensvertrages von Versailles geben folgende Zahlen ein Bild. Ohne Oberschlesien wurden bis Ende 1920 abgetreten:

| | |
|--|---------------------------|
| Österreichereien, Gärten, Weiden usw. | 4 766 000 ha = 13,7 Proz. |
| Feste, Holzungen usw. | 1 410 000 ha = 9,5 " |
| Von den Österreichen: Getreide und Hülsenfrüchte | 2 330 000 ha = 14,3 " |
| Hefebacken | 791 497 ha = 15,8 " |
| Kartoffelpflanzen | 402 200 ha = 15,1 " |
| Zollfrei Betriebe in den abgetretenen Gebieten | 606 700 = 10,6 " |
| Landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe | 4 326 000 ha = 13,6 " |
| Entzerrungen in diesen Gebieten: | |
| Weizen 237 800 ha = 14,6 Proz. | 5 948 600 dz = 12,6 |
| Roggen 1 096 300 ha = 16,9 | 20 027 300 dz = 16,4 |
| Hafser 463 500 ha = 10,4 | 9 954 800 dz = 10,2 |
| Kartoffeln 548 600 ha = 16,1 | 93 550 500 dz = 17,3 |
| Butterküchen 97 200 ha | 30 955 200 dz |
| Butterküchen 30 400 ha | 20 900 000 dz |

Wiederholung:

| | |
|--------------------|------------------|
| Pferde | 701 500 = 15,5 |
| Rindvieh | 2 346 000 = 11,2 |
| Schweine | 2 881 000 = 11,2 |

Mit der Abtretung Oberschlesiens sind weiter verloren gegangen:

| | |
|---|--------------|
| 7 190 ha Winterweizen mit Ertrag von | 146 650 dz |
| 163 ha Sommerweizen mit Ertrag von | 3 100 dz |
| 48 313 ha Winterroggen mit Ertrag von | 642 120 dz |
| 370 ha Sommerroggen mit Ertrag von | 5 197 dz |
| 630 ha Gerste mit Ertrag von | 141 700 dz |
| 56 700 ha Hafser mit Ertrag von | 764 900 dz |
| 42 186 ha Kartoffeln mit Ertrag von | 5 160 000 dz |

Im ganzen hat Deutschland weiter durch den Verlust Oberschlesiens an Getreide und Hülsenfrüchten 143 700 ha eingespart. An Getreihöfen verlor Deutschland im ganzen 6 471 600 = 11,5 Prozent. Es ist der Verlust an landwirtschaftlich genutztem Boden und landwirtschaftlichen Erzeugnissen also erheblich größer als der Menschenverlust. Dazu kommt, daß ein großer Teil der Einwohner dieser Gebiete nach Deutschland zurückgewandert ist. Wir haben heute wieder nahezu 65 Millionen Einwohner. Die Bevölkerungsveränderung Deutschlands beträgt also nur etwa 7 Proz.

Diese Lassungen bilden einen Teil der Gründe dafür, daß die deutsche Lebensmittelzehrung aus dem Auslande so erheblich gestiegen ist. Sämtliche herausgegebene halbamtliche Schätzungen bestätigen den Getreideimportbedarf Deutschlands für das laufende Ernährungswirtschaftsjahr auf 3 Millionen Tonnen. Da die Tonne ausländisches Getreide gegenwärtig mehr als 200 M. kostet, muß man, wenn der deutsche Bedarf an Getreidegetreide so hoch sein sollte, wie angegeben, mit einer Kostenzusage von etwa 600 Milliarden Mark den einzigen Wert allein für die Getreideversorgung Deutschlands rechnen.

Wirtschaftliches.

Dänemarks Gewerkschaftsergang. Nach der dänischen Freistaatstatistik für das Jahr 1921 waren in Dänemark in Betrieb 4 Porzellan- und Steinzeugfabriken mit 1071 Arbeitern, 4 Webereien auf Porzellan mit 57 Arbeitern, 7 Textilfabriken mit 128 Arbeitern und 12 Tonwarenfabriken mit 124 Arbeitern. Insgesamt erzielten diese Betriebe mit 12 273 258 Kronen.

Neuerungen der Sozialversicherung.

Änderung der Invalidenversicherung.
Ab 1. Januar d. J. traten wesentliche Veränderungen in der Invalidenversicherung ein. Die bisherige Altersgrenze von 16 Jahren fällt fort. Das Wort "Altersrente" wird aus dem Gesetz gestrichen; denn wer das 65. Jahr vollendet hat, erhält Invalidenrente. Diese setzt sich wie bisher aus dem Reichs- zusätzlichen, dem Grundbeitrag und den Steigerungszuschlägen zusammen, wozu jetzt noch eine Steigerungszusage kommt. Die Einstellung des Jahresarbeitsverdienstes der Wochenbeiträge ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

| Jahr | Wochenbeitrag | Steigerungszuschlag für jeden Weckenbeitrag |
|------|---------------------|---|
| 1 | bis 7 200 | 10 |
| 2 | 7 200 | 20 |
| 3 | 14 400 | 30 |
| 4 | 28 800 | 40 |
| 5 | 50 400 | 50 |
| 6 | 72 000 | 65 |
| 7 | 108 000 | 85 |
| 8 | 144 000 | 110 |
| 9 | 216 000 | 145 |
| 10 | 324 000 | 180 |
| 11 | 482 000 | 225 |
| 12 | 576 000 | 270 |
| 13 | 720 000 und darüber | 320 |

Bei der Rentenempfänger Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes von ihnen jährlich um 960 M. Für die Zeit einer Krankheit sind die Versicherungen beitragsfrei. Im Falle der Invalidität wird für jede Krankheitswoche ein Steigerungszuschlag von 30 Pf. berechnet.

Werden nach dem 31. Dezember 1922 Renten für die zurückliegende Zeit festgesetzt, dann gelten die seitherigen Vorschriften. Dagegen wird für jede Rente ein Steigerungszuschlag gewährt, der für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Witwerrente 750 M. für die Empfänger einer Waisenrente 375 M. pro Monat beträgt. Diese Zusage tritt an Stelle der bisherigen. Außerdem sind noch eine Anzahl Paragraphen der Reichsversicherungsordnung und des Versicherungsgesetzes für Angestellte geändert, daß eine bessere organische Verbindung der Angestellten- und Invalidenversicherung herbeigeführt ist. Die wichtigste davon besteht darin, daß die in einer oder anderen Versicherung erworbenen Anwartschaften beim Ausscheiden aus einer dieser Versicherungen auch auf die andere gerechnet werden können.

Mitglieder! Wahret Eure Rechte!
Zahlt Eure Beiträge in Höhe eines
Stundenlohnes! In der Woche vom
28. Januar bis 3. Februar ist der
5. Beitrag fällig.

Zum Fall der Altersrenten.

Das Gesetz über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung vom 10. November 1922 hat die Altersrente bestimmt. Vom 1. Januar 1923 an werden keine neuen Altersrenten mehr festgesetzt. Alle 65 Jahre alten, bei der Invalidenversicherung versicherten Personen haben, wenn sie die Rentzeit erfüllt haben, Anspruch auf Invalidenrente, auch wenn sie nicht invalid sind. Die bisher festgesetzten Altersrenten bleiben bestehen, können aber in die höhere Invalidenrente umgewandelt werden. Die Umwandlung der Alters- in Invalidenrente erfolgt nicht ohne Weiteres durch die Landesversicherungsanstalten. Es ist vielmehr ein Antrag des Rentenempfängers erforderlich. Die Umwandlung ist auch nur dann möglich, wenn der Altersrentner während des Bezugs der Rente weiter gelebt und die Invalidität aufrechterhalten hat. Mindestens 20 Beiträge in zwei Jahren. Wo diese Voraussetzung erfüllt ist, ist den Altersrentnern zu empfehlen, bei den zuständigen Landesversicherungsanstalten einen Antrag auf Umwandlung der Alters- in eine Invalidenrente zu stellen. wo.

Unpassung der Löhne an die Preise.
Das Reichsarbeitsministerium ist Zeitungsmeldungen folge an die Arbeitgeberverbände wie an die Arbeitnehmerorganisationen mit der Untergabe herangetreten, der durch den feindlichen Einmarsch geschaffene Lage und dem dadurch notwendig gemachten Zusammenschluß aller Volksklassen bei allen künftigen Tarifverhandlungen Rechnung zu tragen. Lohnforderungen ihre Stärke möglichst zu nehmen und eine möglichst automatische Anpassung der Löhne an die steigenden Preise herbeizuführen.

Es wird höchste Zeit, daß betartige Anweisungen ergehen. Nur bleibt abzuwarten, ob sich die Unternehmer daran lehren.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre dänischer Gewerkschaftsbund. Die ersten Gewerkschaften Dänemarks, die der Schiffsämmerei, Haushälter und Tabakarbeiter, wurden im Jahre 1871 gegründet. In den nächsten Jahren wurden 18 neue Gewerkschaften errichtet, hauptsächlich in Kopenhagen. Es bestand selbstverständlich immer eine gewisse Zusammenarbeit zwischen diesen Gewerkschaften. Im Jahre 1888 wurde eine Art Zentralorganisation gebildet, "De Lambirkende Tagorening", die als der Vorläufer des heutigen Gewerkschaftsbundes bezeichnet werden kann. Dieser war in seiner heutigen Form am 3. Januar 1898 in einer von 405 Gewerkschaftsvertretern besuchten Versammlung unter dem Namen "De Lambirkende Tagorening" gegründet. Er kann sehr auf sein 20jähriges Bestehen zurückblicken.

Bei der Gründung zählte der Gewerkschaftsbund 50 939 Mitglieder; seitdem ist die Mitgliederzahl ununterbrochen gestiegen und beträgt jetzt 240 545. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Männer Dänemarks beträgt ungefähr 200 000. Der Zentralverband ist die Gewerkschaftsbund an Roskilde. Diese große Anzahl organisierter Männer und Frauen in kleinen Landen wie Dänemark zeigt davon, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit stark entwickelt ist. Zentralverband ist der Gewerkschaftsbund im dänischen Wirtschaftsleben ein Faktor vor, mit dem überall gerechnet wird. Sicherlich seines Bestehens hat der Gewerkschaftsbund viele Schwierigkeiten mit dem Unternehmertum zu befreien gehabt; einer der größten war die Ausbeutung im Jahre 1899, die Monate besser und über die Hälfte der damals organisierten Arbeiter umfaßte. Der Gewerkschaftsbund kann mit Freude und Stolz auf die vergangenen Jahre zurückblicken, in denen es ihm gelungen ist, die Durchführung des Arbeitszeitabganges auf dem Wege der Vereinbarung mit den Unternehmen durchzuführen, in den Zeiten der schwersten Krise günstige Bedingungen für die Arbeitnehmer zu erreichen und trotz der außerordentlich großen und lang andauernden Arbeitslosigkeit die Kürzung der Löhne auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung nach Wirtschafts-

zweigen.
Die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen 22 Millionen Arbeiter verteilen sich im Jahre 1922 folgendermaßen auf die einzelnen Gewerbszweige: An erster Stelle stand die Metallindustrie mit 3,7 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern;

ihre folgte unmittelbar das Transportwesen mit 3 Millionen Arbeitern. Auf diese beiden Wirtschaftszweige entfiel somit fast ein Drittel des gesamten Mitgliederbestandes der Gewerkschaften internationale. Es folgten: das Baugewerbe (2,5 Millionen), die ungerührten Arbeiter (2,1 Millionen), die Bergarbeiter (1,8 Millionen), die Textilarbeiter (1,7 Millionen), die Landarbeiter (1,5 Millionen). In 1 Million Mitglieder wiesen die Gewerkschaften der Staats- und Kommunalarbeiter und die Angestellten gewerkschaften auf. Die übrigen Kategorien zählten weniger als 1 Million Mitglieder und liegen der Mitgliederzahl nach in folgender Reihenfolge: Betriebsleitungsgewerbe (0,9 Millionen), Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (0,8 Millionen), Druckereigewerbe (0,6 Millionen), Industrie der Steine und Eisen (0,3 Millionen), Bergbau (0,2 Millionen).

Von der Keramikindustrie.

Neue Preisfestsetzung. Die Ver. Steingutfabriken, G. m. b. H. zu Bonn a. Rh., haben die erst am 28. Dezember um 20 Proz. erhöhten Preise am 15. Januar um weitere 20 Proz. heraufgesetzt.

Differenzen. Zeitungsmeldungen zufolge sind zwischen dem Verband deutscher Porzellangefäßfabriken und der Händlergesellschaft Differenzen ausgebrochen, weil die Fabrikanten die bisherige Umsatzbonifikation für 1923 nicht mehr gewähren wollen. (Die Staffel für das Jahr 1922 war: Umsatz

Den Frauen und Mädchen.

Ungenügende Einkommen.

Schon einmal haben wir die Kolleginnen aufgefordert, an der Besserung ihrer Lebensverhältnisse größeren Anteil zu nehmen, da es so dringend not tut. Eine Kollegin hat den Vorschlag gemacht, das jährlich zu tun. Ihr Schreiben trägt jedoch keine Unterschrift, weshalb es nicht verlesen werden kann. Das müssen sich alle Verbandsmitglieder merken: Jedes Mitglied, das einen schriftlichen Beitrag für die "Ametie" leistet, muss seinen Namen darunter setzen und bemerken, ob er mit veröffentlicht werden soll oder nicht. Wer einmal zur Feder greift, muss auch den Mut haben, das Geschriebene zu decken, wenn nicht öffentlich, so doch der Redaktion gegenüber. Aus der geringen schriftlichen Anteilnahme der Kolleginnen an ihrem Schicksal im Rahmen unserer Organisation lässt sich erkennen, dass noch manches im argen liegt. Hier müssen wir ansehen. Heute wollen wir einmal darauf hinweisen, wie weit die übergroße Zahl der Arbeitnehmer in der sektorischen Industrie unter dem Existenzminimum verdiene, weil sie zu billigeren Bedingungen arbeiten müssen wie die Männer. Dieses Uebel lässt sich natürlich nicht auf einmal beseitigen, da es in den gesellschaftlichen Regeln zu tief eingewurzelt ist. Immerhin muss von den Frauen und Mädchen selbst in allen Berufen für die Befreiung der unzeitgemäßen Überförderung Stellung genommen werden. Die Lohnverhältnisse in den letzten Degenarbeitswochen und in der ersten Januarwoche lagen z. B. bei unseren Arbeiterinnen so, dass sie vielsach unter dem Existenzminimum blieben. Eine Facharbeiterin über 24 Jahre hatte nach dem Tarif der feinmechanischen Industrie in der angegebenen Zeit in der Ortsklasse C 9360 Ml. wöchentlichen Tariflohn. Die Altordbasis der gleichen Ortsklasse betrug 11712 Ml., die der sonstigen Arbeit ein 10636 Ml. Eine sonstige Arbeiterin über 24 Jahre musste sich mit 8520 Ml. Wochenlohn begnügen. In der etwas höheren Ortsklasse A war der Wochenlohn einer über 24 Jahre alten Arbeiterin nach dem Tarif 9088 Ml. der der sonstigen Arbeiterin über 24 Jahre 9050,88 Ml. und die Altordbasis der Facharbeiterin 12458 Ml.

Den paar Zahlenbeispiele gegenüber, die sich vielleicht von jeder Kollegin vermehrten lassen, müssen nun die ebenfalls zahlreich erschien Lebensausgaben gestellt werden, um zu erkennen, warum die Verdienste trotz ihrer ziffernmäßigen Größe bei grösster Sparfamkeit nicht mehr ausreichen können. In dem erwähnten Zeitraum wurde das Existenzminimum — das Notwendigste zum Leben — von den statistischen Aemtern für eine Person mit 12000 bis 14000 Ml. in der Woche errechnet. 12000 Ml. galten für Dezember und 14000 Ml. für die erste Januarwoche. Ein Ehepaar mit zwei Kindern hatte ein Einkommen von 42000 Ml. in der ersten Januarwoche haben müssen, um leben zu können. Viebel Witwen und Mädchen mit Kindern blieben mit ihrem Einkommen weit unter diesen Sägen! Tastende unterer Kolleginnen, die als Einzelperson dastehen, müssen zu weit niedrigeren Bedingungen arbeiten, verbrechen also nicht einmal das zum Leben Nötige. Schlimm steht es auch bei jenen, die heiraten wollen. Sich Sachen zum Haushalt zu kaufen, ist kaum möglich. Ein einfacher Tisch kostete in der Berichtszeit 30000 bis 45000 Ml., ein Stuhl 6000 bis 8000 Ml., ein Küchenbüffet 6500 bis 80000 Mark aus weitem Holz mit Farbenanstrich. Zum Aufbau von Betten sind Hunderte von Papiermark notwendig. Selbst wenn eine Arbeiterin wochenlang keinen Pfennig ihres Verdienstes verbrauchen würde, wäre sie nicht in der Lage, von der gesparten Summe ein Bett oder eine Kücheneinrichtung zu erziehen; denn in der Zeit des etwaigen Sparsens wären die Preise für Hausgeräte schon soweit vorausgegangen, dass die Sparsumme nicht mehr die Hälfte des Anschaffungswertes befragen würde. Für junge Leute im heiratsfähigen Alter, die sich einen neuen Haushalt kaufen müssen, liegen die Verhältnisse geradezu trostlos. Früher hatte eine Arbeiterin mit dem Einkommen von einem Zwanzigsmarkstück die Gewissheit, dafür einen Tisch oder fünf Stühle in annehmbarer Ausführung zu

erhalten, heute reicht ein Wochenlohn vielleicht gerade zum Kauf eines Stuhles aus. In so großem Wohlstand stehen die Einnahmen zu den Ausgaben. Nehmlich liegen die Dinge auch bei anderen Waren. Jede Verbandskollegin wird das aus Erfahrung lernen. Man braucht darüber nicht weitere Worte zu verlieren.

Wie ist das zu ändern? Das ist die große Frage. Wir möchten sie dahingehend beantworten, dass alle Weisheiten von den Frauen und Mädchen selbst viel mehr ausgenutzt werden müssen, als das bisher der Fall gewesen ist. Bei jeder Gelegenheit muss von unseren Kolleginnen ein Vorstoß unternommen werden. Nicht einmal, hundertmal ist immer wieder von vorne anzufangen, das bedingt d. r. gewerkschaftliche Kampf. Was in 10 Jahren nicht zu erreichen ist, muss weitere 40 Jahre erstrebt werden. Nur nicht müllös, gleichgültig und lärmfrei werden dürfen. Darin liegt das große Geheimnis der Organisationsstärke. Ein Gemeinschaftsverbund, wie wir ihn darstellen, bedarf der ständigen Mitarbeit aller Mitglieder. Die Spize kann dem Unternehmer gegenüber nichts erreichen, wenn nicht alle Mitglieder mit vorbereitet haben und als Rückhalt hinter den Männern stehen. Nachlässigkeit, Teilnahmefähigkeit so mancher, ist stets ein zu hemmendes Hindernis. Unausgefeiertes einheitliches Bestreben d. r. Kolleginnen hat auch Erfolg, dessen sind wir überzeugt. Dass dies lebendig und für die Organisation fruchtbbringend werden möge, das ist die dankenswerte Aufgabe, zu der alle aufgefordert werden.

Manche Frauen und Mädchen sagen, ich möchte ja so gerne mithelfen, aber ich kann es beim besten Willen nicht. Das sind natürlich Anstreben. Der schon erwähnte Brief der unbekannten Kollegin und Erlebnisse in Versammlungen beweisen das Gegenteil. Neulich trug in einer Versammlung in B. eine 17jährige Kollegin Beschwerden so redegewandt und eindringlich vor, dass sie von den Anwesenden stürmisch mit Beifall bedacht wurde. Es geht also manches. Nur m. hr. Mut muss vorhanden sein und der Wille, die Ursachen an der richtigen Stelle zu ergründen. Gewiss, der Weg zur Abhilfe ist nicht eben, man kann manchmal daraus stolpern, das darf aber weder die Verbandsleitung noch die Mitglieder davon abhalten, die Steine und sonstigen Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Welche Kollegin will Wegbahnerin mit werden?

Liebesleben in Deutschland und Amerika.

In Berlin ist ein Prozeß zu Ende gegangen, der die Offenheit in ungewöhnlichem Maße in Anspruch genommen hat. Es ist der des Ingenieurs Franz und seiner Frau, die der Notzucht und der Kuppelei beschuldigt waren. Der Prozeß enthielt so schambhafte Dinge aus dem in die Frei gegangenen Trieben von Angehörigen der sogenannten guten Gesellschaft, dass nach einigen Verhandlungstagen die Öffentlichkeit selbst für die Presse ausgeschlossen werden musste. Es ergab sich, dass die eigene Ehefrau es duldet und beginntigte, dass ihr Mann mit jungen Mädchen der Gesellschaft aus Berlin B. seguellen Umgang pflegte. Der Prozeß nahm einen ganz unerwarteten Ausgang: Die beiden Angeklagten, Franz und Frau, wurden freigesprochen.

Dieser Freispruch nun ist geeignet, die allerprahlste und schwere Verwirrung anzurichten. Es steht zweifelsfrei fest, dass junge Mädchen der gebildeten Klassen — nicht etwa Straßendirnen — zu dem Franz in die Wohnung gekommen und von diesem gebracht worden sind. Der Freispruch des Franz besagt nun aber doch, dass er keinerlei Anfang, weder Hypnose noch Suggestion, noch Betäubungsmittel angewandt hat, sondern dass bei den jungen Mädchen eine Art sexueller Neugierde abgewaltet haben muss, die sie sich so weit vergessen ließen, dass sie von Franz alles duldeten. Und hier ist in der Tat der Augenblick gekommen, um unserem Volk, unseren Vätern und Müttern und unserer erwachsenen Jugend selber die Augen vor einer unermeßlichen Gefahr zu öffnen. Unter dem Faden und unwahren Gelbgemach: Keber ist Herr über seinen Körper

und kann mit ihm machen, was ihm beliebt! Ist es soviel gekommen, dass das junge Mädchen alles das, was sich in ihr erst unter dem Schutz einer innerlich und äußerlich gesetzten Ehe glücklich entfalten und zu einem vollen und reichen Weib tun führen kann, ohne die geringsten Bedenken neugierig und lustvoll und gewissenlos der Ehe vorwegnimmt. Man vergesse bei der Beurteilung dieser Dinge niemals, dass der sogenannte sittliche Wiederaufbau Deutschlands in erster Linie davon abhängt, ob es uns gelingt, die legenden Energien, die doch dem Aufbau eines gesunden Lebens und damit auch eines gesunden Geistes dienen, in die rechten Bahnen zu lenken.

Gerade in diesen Tagen ist ein Buch des Pressehess des Preußischen Staatsministeriums, Hans Goslar, über "Münster" erschienen, und es ist außerordentlich wichtig, was Goslar dort über die Liebesverhältnisse sagt. Ein Umstand, so meint er, müsse dem aufmerksamen Beobachter sofort auffallen, der allerdings bisher wenig gewidmet worden sei, nämlich dass im scharen Gegensatz zu Europa darüber die gesamte Atmosphäre des öffentlichen und privaten Lebens angesetzt sei. Leichtfertiges Unbändeln auf der Straße gibt es nicht. Wer es will, muss sich darauf gefasst machen, dass die enttäuschte Dame von dem Polizisten den Faden feststellen lässt, worauf er alsbald bestraft wird. Es ist hohe Zeit, dass auch Deutschland sich mit der Frage beschäftigt, wie es seine Jungmädchenwelt schützt und seine Frauenvielft wirklich ehrt. Von der Lösung dieser Frage hängt für Deutschlands Zukunft vielleicht mehr ab als von manchen anderen sogenannten großen politischen Fragen.

Wichtiges Allerlet.

Kran und Krieger. Während von den jungen Männern im Alter von 20–25 Jahren vor dem Kriege nur verhältnismäßig wenige vom Tode hingerichtet wurden, stieg die Zahl der Toten aus diesen Jahren im Kriege normgemäß ganz bedeutend. Wie die Statistik jetzt feststellt hat, geht die Sterblichkeitskurve der Frauen in ähnlichem Verhältnis wie die der Männer, veralichen mit der Friedenskurve, nur, dass die Kurve bei den Frauen noch ausgeprägter ist. Diese Tatsache zeigt, dass die Frau im Kriege unter den Kriegsgefangenen, Entführungen noch nicht als der Mann gefangen hat. Es ist also in jeder Weise etwas Herrliches um das "Stahlbad".

Die arbeitende Frau. Nach den Feststellungen durch die Gewerbeamtskassen haben sich die Arbeiterinnen meist ihren früheren Beschäftigungsarbeiten wieder zugewandt. So hat die Beschäftigung der arbeitenden Frauen in der Textil-, der Bekleidungs-, Glas-, Porzellan-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie zugenommen. In verschiedenen Städten sind Frauen aus der Industrie zur Landwirtschaft übergegangen. Dagegen sind die Besitzungen, arbeitslose Arbeiterinnen in der Handwirtschaft unterzubringen, ohne Erfolg gewesen, was bei den Sklavestoffen Rüttläden und der häuslichen Entwicklung in der Handwirtschaft nicht verwunderlich ist. Die im Kriege in der Industrie tätigen Kriegerfrauen sind größtenteils wieder in den eigenen Haushalt zurückgekehrt. In der Kleineisenindustrie hat die Zahl der Arbeiterinnen zunommen. Der Kölner Gericht weist darauf hin, dass wichtiger als die Errichtung neuer Beschäftigungsarten die Gewinnung der jüngeren Arbeiterinnen für die gelernten Berufe und Schaffung einer verliebten Berufsausbildung ist, da sich fast überall ein fühlbarer Mangel an Facharbeiterinnen bemerkbar macht, auch in den urtiefsten Frauengewerben: Näherei, Kynodacie, Stickerei, Oft, besonders in Oberschlesien, befindet sich die Frau noch immer auf Posten, die an sich nur für Männer geeignet sind. Es hat die Einsernung von Arbeiterinnen von ungeeigneten Stellen in den Fabrikshallen nur geringe Fortschritte gemacht. Ebenso befindet sich noch immer eine unerwünscht große Zahl von Frauen in der Steinbruchindustrie, in den Klostereien und Großsteinwerken. Gegen Nachrichten werden von den Frauen versprochen!

Aus unserem Beruf.

Düsseldorf. Kollegen, welche gewillt sind, in Düsseldorf in Stellung zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, sich vorher bei der dortigen Zulässtelle zu erkundigen.

Magdeburg. Unlänglich des Streiks in den hiesigen Betrieben der Alabasterbranche, Koch & Co. und Reys & Trinte, wollen die Verhältnisse des letzten Betriebes eingehender beleuchtet (der erste kommt für unseren Verband nicht in Frage). Wenn bei den früheren Inhabern der Firma Reys & Trinte die Verhältnisse auch nicht die besten waren, so war immerhin ein ruhigeres Arbeiten möglich. Die hiesige Verwaltung hat in den zwei Jahren, seit diese Herren Hauburger und Thomas im Besitz des Unternehmens sind, schon manche Auseinandersetzung mit ihnen gehabt. Von einem Entgegenkommen kann bei ihnen keine Rede sein. Ein Verständnis für Arbeiterfragen findet man nicht. Diese Herren lassen sich wohl den reichen Goldschatzen, der sich aus dem kleinen Exportgeschäft ergibt, gefallen, sobald es sich aber darum handelt, dem Arbeiter nur ein Bruchteilchen davon zu gewähren, sind sie zugänglich. Wurden doch innerhalb zweier Jahre die Kollegen mehrere Streiks führen, um nur einigermaßen etwas herauszuholen. Bildhauer sollen sich mit Buligen von 30 Ml. Ungelernte von 25 Ml. und Frauen von 20 Ml. begnügen. Auch für soziale Aufgaben ist kein Geld da. Kunstwerkstätten nennt man diese Räume im allgemeinen, der Ausdruck Händlerkammern wäre nicht zu viel gefragt, denn 25 Jahre haben die Arbeitsräume wohl keinen Malerpinsel geschenkt. Üblich sieht es in den Maschinenräumen aus. Vor einem Vierteljahr wurde die Firma vom Gewerbeinspektor darauf aufmerksam gemacht, eine entsprechende Staubaufsauganlage zu schaffen, aber bis heute ist nichts geschehen, und die Kollegen haben bei der ungeheuren Staubbildung schwer zu leiden. Sie ist so stark, dass man nicht von einem bis zum andern Ende des Raumes leben kann. Wir möchten dem Herrn Gewerbeinspektor empfehlen, den Betrieb nochmals zu besichtigen, um die nötigen Änderungen zu veranlassen. Aufgeschrieben worden ist damals viel, aber angebracht ist jetzt noch nichts.

Versammlungsberichte.

Kahla. Wenn man abergläubisch wäre, und man würde Ereignisse, die am Jahresanfang geschehen, je nachdem als gute oder schlechte Deutung für das laufende Jahr betrachten, wie dies häufig noch geschieht, so müssten wir in Kahla mit außerordentlicher Besorgnis in die Zukunft sehen; denn die letzte Zahlstellersversammlung kann in Unbetracht der geringen Besucherzahl bei einem Mitgliedsstand von ca. 1700 als ganz trüblisches Ereignis für die Zulässtelle gebucht werden. Während ehemals der Lagesordnungspunkt Bericht über das letzte Lohnabkommen eine immerhin noch wirkungsvolle Anziehungskraft ausübte, die sich in jüngster Versammlungssitzung äußerte, hat anscheinend diese in der letzten Zeit ebenfalls, wie alle anderen Fragen der Gegenwart, die Anziehungskraft verloren. Wer aber der Meinung sein sollte, dass die Versammlungsabstimmungen nicht etwa "geistig" regeln seien und nicht über Verbandsangelegenheiten "politisiert" seien, der ist stark auf dem Holzweg. Er braucht nur einmal in die Fiseldunsthöhlen der Kantinen zu hörchen, und er wird ganz bestimmt finden, dass er sich gründlich gefestigt hat in seiner Annahme. Dort bestätigt man sich in gehobener "Solvatorstimmlung" buchstäblich "hochscheinen den Mitgliedern als die geeigneten Orte, um ihre Auf-

lassungen und Ansichten über den Zweck und den Nutzen der Organisation zu erörtern. Wenn sie dann das Fazit über ihre Unterhaltung ziehen, dann finden sie in der Regel, dass der Verband gar keinen Zweck habe, weil er absolut keinen Nutzen bringe. Und in den Fiseldunshöhlen wie in den Arbeitsräumen sind sich die „erleuchteten“ Geister klar, dass an dem Glanz der Arbeiterschaft nur die Bummel und Faulenzer in den Verbandsbüros und die Subjekte von Funktionären in den Ortsverwaltungen und in den Betrieben, die sich durch Schwierigkeiten lassen lassen und dadurch die Kollegen verlaufen und verraten, schuld sind. Betriebsräte u. Preiskommissionssmitglieder werden offen und versteckt als Schufte, Verräiter und als was noch alles bezeichnet, und es braucht nicht wundern, wenn sich immer weniger Kollegen bereit finden, solche Posten zu übernehmen, um nicht mit ihrer Ehre auf einige Zeit Schindluder treiben zu lassen. Wenn aber einmal das Experiment gemacht wird, dass so ein Marfanfreier und gesellstichtiger Schabschnäuer einen Vertrauensposten übertragen bekommt, dann stellt sich in der Regel heraus, dass solch einem „Kritiker“ nach jeder Richtung hin die notwendige Eignung dazu fehlt. Und der kleinen ehlichen Arbeitkollegen gegenüber in bezug auf Niedrigträchtigkeiten nachzuhören einen Löwenmut aufzubringen, klappt tödlicher schon zusammen, wenn er dem Unternehmer gegenüber berechtigte Forderungen seiner Kollegen vertreten soll. Aber wir kennen das Laboratorium, wo das Gift eingerührt wird. Die Giftflasche ist leider schon wiederholt geleert worden, und ist dadurch der Bazillus radikal intriqueantus leider schon viel zu tief in den Körper der Organisation eingedrungen. Der behandelnde Arzt dieses infizierten Organisationskörpers, die Verwaltung, wird alle Hände voll zu tun haben, um die Infektion wieder zu beseitigen. Wenn man nicht wüsste, dass das Herz der Organisation, die alte sturmprobte Kriegertruppe, gewerkschaftlich lernend wäre, so könnte man ob dieses Zustandes verzweifeln. Die in sicherer Aussicht stehende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die eine noch tiefere Verelzung der breiten Volksmassen mit eiserne Konsequenz nach sich ziehen muss, wird höchstwahrscheinlich auch dem Blödesten mit Keilschreiß ins Bewusstsein einhammern, dass die zerstrende Tätigkeit der Saboteure bei gewerkschaftlichen Geschlossenheit ein Verbrechen an der Arbeiterschaft ist, und manch Irregeführter und Brüderumnebelter wird noch den richtigen Weg finden und zur Gefügung des kranken Körpers nach Kräften mitbeitragen. Aber bis zur völligen Gefügung werden die Arbeiter noch manche bittere Pille schlucken müssen; denn von dem Missbrauen der Massen zu den Führern und den sich hieraus ergebenden Herrschaften müssen sich die Unternehmer ihr „Fettpolster“ an und lassen lustig ihre Mühen weiter klappern. Das musste vorausgesetzt werden.

Vor Eintritt in die Lagesordnung sprach die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Mag. Korn, Berlin, Franz Grübel, Maler, und Christian Kühlens, Maler, durch Erben von den Söhnen. Der Geschäftsführer trug den Klöppelbericht vom 4. Quartal vor. Einnahme und Ausgabe schlossen mit 2.658.264,64 Ml. und 2.053.728,70 Ml. und einem Bestand von 614.517,94 Ml. ab. Mitglieder waren am Quortalschluss 1076 männliche und 577 weibliche, zusammen 1653 vorhanden.

Mit dieser Ziffer hat die Zulässtelle den höchsten Mitgliedsstand erreicht; alles ist restlos organisiert. An den beiden letzten Lohnabkommen Stellung nehmend, erläuterte der Vorsitzende diese. Die Versammlung nimmt ohne Ausdrucksformen von den Darlegungen.

Aus dem Bericht des Ortsausschusses des ADGB, der vom Geschäftsführer vorgetragen wurde, ist hervorzuheben, dass der Ortsausschuss einstimmig beschlossen hat, die dem Abberber nahe Arbeitertagespreise durch einen wöchentlichen Pflichtbeitrag von mindestens 20 Ml. pro Mitglied vor dem Untergang zu bewahren. Die vorgetragenen Gründe anerkennend und dadurch den Willen befunden, der Arbeiterkreis tatkräftig beizutreten, kam zum Ausdruck durch einstimmige Zustimmung zu diesem Beschluss. Gegenstand der Aussprache in der Ortsausschusssitzung war die furchtbare Notlage der Sozialrentner. Die Not durch Bereitstellung von Mitteln zu lindern, erklärte sich der Ausschuss bereit. Es wurden von der Zulässtelleverwaltung 25.000 Ml. zu diesem Zweck bewilligt, wozu die Versammlung ebenfalls ihr Einverständnis erklärte.

Des Weiteren wurde in der Ortsausschusssitzung über die Erwerbslosenfrage gesprochen und dabei betont, dass der Ortsausschuss, aber nur dieser allein, die berufene Instanz sein muss, die zur Erwerbslosenfrage Stellung zu nehmen hat, und der die Interessenvertretung der Erwerbslosen obliegt. Erwerbslosenräte lehnt der Ortsausschuss mit allem Nachdruck ab. Die Versammlung war einmütig ebenfalls der Auffassung, dass den Erwerbslosen nicht geboten sein kann mit Erwerbslosenräten.

Den Schluss der Versammlung bildete die Gründierung von Bildungsgruppen bzw. Schulführer, und da stand zur Aussprache: Deutsche Arbeitschule oder reale Unterstufe? Die Versammlung entschied sich nach Vortrag des Vorsitzenden für die letztere. Es werden alle Arbeiterväter, die Kinder zur Schule zu schicken haben, aufgefordert, nicht auf die Vermittlung zu kriechen, die ausgelöst wird von an der Errichtung einer realen Unterstufe besonders stark interessierten Kreisen. Die Arbeiterväter werden gebeten, sich hinter die Vertreter der Arbeiterväter im Schulvorstand zu stellen.

Spanien. Die Zulässtellenversammlung vom 15. Januar fasste ihren Entschluss gegen das Lohnabkommen vom Januar in folgender Entschließung zusammen: "Die Zulässtelle Spanien ist dem letzten Lohnabkommen wegen der übermäßigen Preissteigerung der Lebensmittel und sämtlichen Bedarfssachen nicht zufrieden und erachtet den Hauptvorstand, das Lohnabkommen zum nächsten Termin zu kündigen."

Vermischtes.

Einführungsweltkongress. Die Vorbereitungen zum Einführungsweltkongress sind soweit gebiechen, dass keine Tagung vor dem 21. Mai 1923 in Hamburg im Gewerkschaftshaus festgelegt ist. Als vorläufige Tagesordnung gilt: 1. Der imperialistische Friede und die Aufgaben der Arbeiterklasse. 2. Der internationale Kampf gegen die internationale Bourgeoisie. 3. Die Aktion der sozialistischen Arbeiterparteien für den Weltkampf und die internationale sozialen Reformen. 4. Der Kampf der Partei-Mitglieder soll ein Delegierter entfallen, jedoch nicht mehr als 50 auf jedes Land. — Es wäre nur zu wünschen, dass weitere Brücken zur Einigung des Proletariats der ganzen Welt geschlagen würden.

